

Fachinformationen Sonstige Rechtsgebiete, Donnerstag, 26. Januar 2023

Bewerbung als Modellkommune beim Projekt „KommA – Kommunale Allianzen und Strategien gegen Rassismus und Hass“

Rund 72 Prozent der Bürgermeister/innen in Deutschland haben Hass und Anfeindungen erfahren. 79 Prozent der Verwaltungsmitarbeitenden sind betroffen. Rassistische und rechtsextremistische Motive sind weitverbreitet. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und für Antirassismus fördert deshalb das Projekt „KommA“. KommA steht für „Kommunale Allianzen und Strategien gegen Rassismus und Hass – gemeinsam Entscheidungsträger/innen stärken“. Das Projekt ist für die Arbeit mit Kommunalverwaltungen entworfen. Je nach Bedarf können dies entweder die ganze Verwaltung oder eine Abteilung/Organisationseinheit sein, sofern diese von der entsprechenden (politischen) Leitung unterstützt werden. Das IMAP Institut setzt das Projekt um.

Mit dem Projekt unterstützt das IMAP zehn Modellkommunen:

- eine lokale Allianz gegen Rassismus und Hass zwischen Verwaltung, Beratungs- und Hilfestellen sowie den lokal zuständigen Sicherheitsbehörden aufzubauen;
- antirassistische Strategiekonzepte, unter anderem zu Clearingverfahren sowie antirassistische Interventions- und Beteiligungsstrategien zu entwickeln;
- bedarfsorientierte Trainings und Coachings im Umgang mit Rassismus und Hass anzubieten, um kommunale Entscheidungsträger/innen und Mitarbeitende zu stärken.

Die Kommunen erhalten eine kostenfreie Begleitung durch das IMAP-Institut von rund 80 Beratungstagen. So sollen Kommunalverwaltungen gemeinsam miteinander Lösungsstrategien entwickeln können, die bedarfsorientiert auf Ihre jeweilige Situation angepasst sind. Bei einer nicht erfolgreichen Bewerbung nehmen Mitarbeitende der Kommune bevorzugt am Online-Fortbildungs- und Transferprogramm teil.

Interessierte Kommunen können sich bis zum 28.02.2022 bewerben. Die Teilnahme als Modellkommune ist kostenfrei und erfordert keine Einbringung von Eigenmitteln. Die Leitung der Gesamtverwaltung (Bürgermeister/in) oder einer Organisationseinheit (z. B. Dezernent/in) soll die Bewerbung unterstützen. Es soll weiter innerhalb der Verwaltung eine Ansprechperson für die Projektkoordination bestimmt werden, die im Optimalfall thematisch zuständig oder in einer Organisationseinheit verortet ist, auf die ein Schwerpunkt der Projektarbeit gelegt werden soll. Weitere Informationen: www.imap-institut.de/de/kommunale-allianzen.

(DStGB, 26.01.2023)